



GEMEINDE WETTINGEN

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 17. Mai 2001, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Margrit Wahrstätter, Präsidentin

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 48
Mitglieder des Gemeinderates: 7
Franz Hard, Schulpflegepräsident
Karl Meier, Gemeindeschreiber

Protokoll: Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber-Stv.

Abwesend entschuldigt: Annemarie Egloff, Mitglied des Einwohnerrates
Max Lotter, Mitglied des Einwohnerrates

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 5. April 2001
 2. Inpflichtnahme Gerold Burger, Roland Müller, Roland Brühlmann und Dr. Markus Dieth
 3. Finanzkommission; Ersatzwahl von Dr. Markus Dieth für den Rest der Amtsperiode 1998/2001 (anstelle des zurückgetretenen Dominik Schmid)
 4. Wahlbüro; Ersatzwahl von Jonas Huggenberger für den Rest der Amtsperiode 1998/2001 (anstelle des zurückgetretenen Manfred Rhyner)
 - 5.1. Einbürgerung; Bulatovic Tanja, 1984, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Mythenstrasse 4
 - 5.2. Einbürgerung; Bures Hynek, 1974, tschechischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 8
 - 5.3. Einbürgerung; Genovese Carmelina, 1973, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 64
 - 5.4. Einbürgerung; Kaya Nazim Hüseyin, 1987, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Jurastrasse 4
 - 5.5. Einbürgerung; Marcetic Andrijela, 1976, Aleksandar, 1997, und Stefan, 2000, alle jugoslawische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 92
 - 5.6. Einbürgerung; Mulaj Leonist, 1979, jugoslawischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Staffelstrasse 78

- 5.7. Einbürgerung; Oezdemir Tarik, 1980, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alb. Zwyszigstrasse 82
- 5.8. Einbürgerung; Yildiz Ufuk, 1984, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alb. Zwyszigstrasse 49
6. Nachtragskredit für die Beschaffung von Informatikmitteln von Fr. 48'000.— für die Schulen
7. Kreditbegehren von Fr. 45'000.— für die Projektierung des Friedhofschulhauses in eine Kunstgalerie
8. Nachtragskredit von Fr. 15'000.— für Katastrophenhilfe im Ausland
9. Kreditabrechnung über Fr. 429'878.40 für die Sanierung des Kindergartens Altenburg 1
10. Motion Wunderlin Werner betreffend angemessene Erweiterung des Baugebiets (Gewerbe- und Wohn- sowie Einfamilienhauszone); Entgegennahme
11. Postulat Feiner Felix und Ganz Richard zur Prüfung einer S-Bahn Haltestelle Tägerhard; Entgegennahme
12. Postulat Scherer Leo für den Einbau von Perronliften beim Bahnhof Wettingen; Entgegennahme
13. Postulat Felix Feiner betreffend Schaffung von öffentlichen Plakawänden; Entgegennahme
14. Postulat Pia Müller, Felix Feiner und Marcel Huggenberger zur Offenlegung der direkten bzw. indirekten Beiträge und Leistungen sowie deren Kontierung der Gemeinde Wettingen an Vereine und Institutionen; Entgegennahme
15. Postulat Hanspeter Koch für die Erstellung eines Controllingberichtes über die leistungsorientierte Verwaltungsanalyse "LOVA" sowie das weitere Vorgehen nach der "LOVA"; Entgegennahme

0 Mitteilungen

0.a Erklärung des Landesrings der Unabhängigen

Patricia Schibli: Unlängst war in der Zeitung zu lesen, dass der LdU im Herbst nicht mehr zur Wahl antreten wird. Marianne Weber und ich haben uns einer neuen Organisation angeschlossen, dem Forum 5430. Die Generalversammlung von morgen Abend wird die Auflösung formell beschliessen. Bis Ende der Amtsperiode werden die drei Vertreter des LdU als Parteilose im Rat Einsitz nehmen.

0.b Rechtskraft

Die Beschlüsse des Einwohnerrates vom 5. April 2001 sind in Rechtskraft erwachsen.

0.c Neueingänge**0.c.a Interpellation Peter Häfliger und Pia Müller betreffend Verwendung des Kredits von Fr. 10'000.— zur professionellen Unterstützung der Kommission Blockzeiten / Tagesschule**

In der Erläuterung zum Budgetposten 219.318.04 (Honorare externe Berater) heisst es im Voranschlag 2001:

"Das Projekt Tagesschule wurde bis jetzt von einer Kommission bearbeitet. Um hier professionell arbeiten zu können, ist der Beizug eines Beraters wichtig und sinnvoll. Der Budgetposten kann erst ausgelöst werden, wenn ein Vorschlag über das weitere Vorgehen vorliegt."

Wir freuen uns, dass Gemeinderat und Einwohnerrat erkannt haben, dass die Situation bezüglich familienexterner Betreuung von Schulkindern in der grössten Aargauer Gemeinde verbesserungswürdig ist. Wir begrüssen deshalb die Bewilligung des Kredits von Fr. 10'000.— zur Erarbeitung einer umfassenden Vorstudie betreffend verschiedener Möglichkeiten familienexterner Betreuung wie betreuter Blockzeiten, Schülerklubs oder Tagesschule.

Da der Gemeinderat in der Zwischenzeit nicht bekannt gegeben hat, ob nun ein Vorschlag über das weitere Vorgehen vorliegt und ob der Budgetposten bereits ausgelöst werden konnte, bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie lauten der genaue Auftrag und das Ziel der Vorstudie?
2. Wurde bereits ein externes Beratungsbüro verpflichtet oder wird eines gesucht?
3. Welches sind die Selektionskriterien bei der Auswahl eines Beratungsbüros?
4. Gibt es einen Zeitplan für die Erstellung der Vorstudie?
5. Welches weitere Vorgehen und welchen Zeitplan für dieses Vorgehen sieht der Gemeinderat für die Zeit nach dem Vorliegen der Vorstudie vor?

0.c.b Postulat Peter Häfliger betreffend Prüfung eines Ausbaus von Electronic Government

Der Gemeinderat wird eingeladen, die vermehrte Verwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien innerhalb der Verwaltung und in der Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern und einen Ausbau der entsprechenden Infrastruktur zu prüfen.

Im Besonderen sind folgende Punkte zu prüfen:

- Wie können moderne Informationstechnologien innerhalb der Verwaltung und in der politischen Arbeit angewandt werden, z.B. in der elektronischen Dokumentenverwaltung und -archivierung, mit dem Ziel der papierlosen Geschäftsabwicklung?

- Wie können Informations- und Kommunikationstechnologien in der Interaktion mit den Kundinnen und Kunden der Verwaltung - den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde - angewandt werden, mit dem Ziel der Errichtung von elektronischen Schaltern und der Einführung der elektronischen Abstimmung?
- In welcher Weise wird der Einsatz dieser Technologien die traditionellen Geschäftsabläufe beeinflussen und in welchem Ausmass müssen diese Abläufe an die neuen Technologien angepasst werden (sog. Business Process Reengineering)?
- Wie eng kann in der Entwicklung dieser Systeme und beim Aufbau der entsprechenden Infrastruktur mit dem Kanton und mit anderen Gemeinden, die alle in nächster Zeit vor ähnlichen Herausforderungen stehen werden, zusammengearbeitet werden?
- Mit welchen Investitions- und Unterhaltskosten ist grob zu rechnen, und zu welchen jährlichen Einsparungen werden die optimierten Geschäftsabläufe führen?
- Welches ist der Zeithorizont für die Einführung von elektronischen Schaltern bzw. elektronischer Abstimmung?

Begründung:

Die Homepage der Gemeinde Wettingen ist vorbildlich, was die Verwendung des Internets als elektronisches Nachschlagewerk und Anschlagbrett betrifft: Sie ist übersichtlich, umfassend und mehrheitlich konsistent (widerspruchsfrei). Neuere technische Entwicklungen ermöglichen aber Applikationen weit über diese Verwendung als einseitigen Kommunikationskanal hinaus. Momentan ist es in den meisten Fällen nötig, ein Formular per e-mail zu bestellen, worauf es einem dann per Post zugestellt wird. Dieser Ablauf verursacht Bearbeitungsaufwand in der Verwaltung. Einige wenige Formulare kann man selbst im Word- oder pdf-Format herunterladen. Das eliminiert zwar bereits den Verwaltungsaufwand für die Formularbeschaffung, nicht aber bei der eigentlichen Geschäftsabwicklung. Vor allem jüngere Kundinnen und Kunden wollen das Formular online ausfüllen und abschicken können. Darauf kann es in der Verwaltung elektronisch bearbeitet und von Abteilung zu Abteilung weitergereicht werden. Es fällt kein Papier an. Solche Lösungen sind effizient: Sie befreien die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter von langweiliger Routinearbeit und ersparen vor allem erwerbstätigen Bürgerinnen und Bürgern den zeitraubenden und oft unnötigen Gang ins Rathaus. Es fallen keine Papierdokumente mehr an, die die Umwelt belasten und auf ineffiziente Art und Weise von Amt zu Amt getragen werden müssen.

0.c.c Postulat Stefan Meier betreffend mehr aktive Integration

Der Gemeinderat soll prüfen, ob die Möglichkeit besteht, für Gastarbeiter und deren Familien Infozentren zu schaffen.

Das Ziel: Den Wechsel in eine fremde Kultur zu verkraften und Hilfestellung zur Integration bieten. Als Gegenleistung sind Verbesserungen im Verdienst und der Selbstverantwortung zu sehen.

Wettingen hat eine sehr gute Sozialdienst-Organisation, die mit grossem Engagement Top-Leistungen erbringt. Mit der Schaffung eines Info- oder Integrationszentrums könnten den Sozialleitstellen viele Abklärungen abgenommen werden.

Wohl ist der Kanton zuständig für in Not geratene Ausländer; es muss aber auch unsere Gemeinde interessieren, wenn die Grenzen des Zumutbaren überschritten werden. Eine Leistungsverweigerung soll nicht belohnt werden.

Wir wünschen uns die aktive Integration und Pflichtbewusstsein aller Seiten zur Lösung von Problemen.

0.c.d Interpellation Marianne Weber-Graf und Ruth Amacher-Dzung betreffend Zentrums-Platz an der Landstrasse

Die 1998 im Gluri-Suter-Huus gezeigte Ausstellung "Landstrassen T-Raum" über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Landstrasse, war der Beginn einer aktiven Auseinandersetzung mit der Wettinger Meile. An der Diskussion mit "Stadtwanderer" und Architekt Benedikt Loderer waren sich alle Teilnehmenden darin einig, dass das "lineare Zentrum" aufgewertet werden soll.

Der Kanton hat bereits Hand geboten und wir werden nach der Sanierung eine freundlichere Landstrasse mit einer Baumallee kriegen.

Nun böte sich zudem eine weitere Chance die Attraktivität unserer Stadt zu steigern. Das Kino Rio von Peter Sterk steht zum Verkauf und es muss mit einem Neubau gerechnet werden. In diesem städtebaulich wichtigen Bereich könnte Raum geschaffen werden: Raum, um sich zu begegnen, um in einem grosszügigen Café zusammen zu plaudern oder nur um einfach Platz zu haben für einen "Schwatz".

Die Ausstellungsmacher haben kürzlich in einem "offenen Brief" auf die aktuelle Situation aufmerksam gemacht und eine Interpellantin ist Unterzeichnerin dieses Briefes.

Wir möchten den Gemeinderat nun höflich um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Hat der Gemeinderat die Möglichkeit, von einer privaten Bauherrschaft zu verlangen, dass die neue Baute zurückversetzt wird?
2. Wie kann er eine private Bauherrschaft bei der Realisierung eines Platzes unterstützen?
3. Käme eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde in Frage?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation beim EW. Hat er sich bereits Gedanken darüber gemacht, wie dieser Bereich geöffnet werden könnte und wie dort allenfalls ein Zentrumsplatz für die Wettinger Bevölkerung sowie für Kunden und Kundinnen geschaffen werden könnte?
5. Was hat der Gemeinderat zur Umsetzung des ähnlich lautenden Postulates: Gehring, Meier, Wirsching, überwiesen 1999, bereits veranlasst?

0.c.e Postulat Daniel Huser betreffend Erstellung eines Kulturkonzeptes für Wettingen

Der Gemeinderat Wettingen wird eingeladen, ein Kulturkonzept auszuarbeiten. Dieses Kulturkonzept soll die kulturellen Ziele formulieren und mit den Strategien und den Massnahmen den Rahmen abstecken, in dem sich das künftige kulturelle Leben abspielen soll. Einzubeziehen ist dabei die Bevölkerung, die politischen Instanzen und natürlich auch Kulturschaffende selbst.

Das Konzept sollte meiner Meinung nach Auskunft geben über:

- Analyse des Kulturlebens in Wettingen
- Ideen und Projekte zur Wettinger Kultur
- Trägermöglichkeiten des Wettinger Kulturlebens
- Mögliche Veranstaltungsorte: Gebäude und Säle
- Struktur und Organisation der Kulturförderung
- Finanzielle Leistungen der Gemeinde Wettingen
- Massnahmen der im Kulturkonzept entwickelten Massnahmen
- Wie wird die Kultur in Wettingen kommuniziert

Im Sinne des ganzheitlichen Kulturdenkens ist es meiner Meinung nach notwendig, dass zuerst ein Kulturkonzept auszuarbeiten ist. Somit wäre man sich bewusst, über die genannten Schwerpunkte und die Entscheidungsfindung für künftige Projekte wäre einfacher.

1 Protokoll der Sitzung vom 5. April 2001

Das Protokoll der Sitzung vom 5. April 2001 wird genehmigt und dem Verfasser verdankt.

2 Inpflichtnahme Gerold Burger, Roland Müller, Roland Brühlmann und Dr. Markus Dieth

Gerold Burger, Roland Müller, Roland Brühlmann und Dr. Markus Dieth werden durch Leistung des Amtsgelübdes in Pflicht genommen.

3 Finanzkommission; Ersatzwahl von Dr. Markus Dieth für den Rest der Amtsperiode 1998/2001 (anstelle des zurückgetretenen Dominik Schmid)

Dr. Markus Dieth wird in offener Abstimmung einstimmig für den Rest der laufenden Amtsperiode als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

4 Wahlbüro; Ersatzwahl von Jonas Huggenberger für den Rest der Amtsperiode 1998/2001 (anstelle des zurückgetretenen Manfred Rhyner)

Jonas Huggenberger wird in offener Abstimmung einstimmig für den Rest der laufenden Amtsperiode als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

5 Einbürgerungen

5.a Bulatovic Tanja, 1984, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Mythenstrasse 4

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	1
Gültige Stimmzettel	46

	Ja	Nein
Stimmen	45	1

5.b Bures Hynek, 1974, tschechischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 8

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	2
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	42	3

5.c Genovese Carmelina, 1973, italienische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 64

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	1
Gültige Stimmzettel	46

	Ja	Nein
Stimmen	44	2

5.d Kaya Nazim Hüseyin, 1987, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Jurastrasse 4

Hermann Steiner: Wir waren schon immer mit den unterbreiteten Einbürgerungsanträgen nicht einverstanden, es fehlen in diesen Berichten wesentliche Angaben. In der Aktenaufgabe war zu lesen, dass der Bewerber in der Schule mit schlechten Leistungen auffällt, keine Aufgaben macht und Pflichtbewusstsein für ihn ein Fremdwort sei. Zudem hat er in einem Zeugnis die Unterschrift seiner Eltern gefälscht. Ich frage mich, ob ein solcher junger Bursche belohnt oder nicht zurückgestellt werden soll. Es sollte ihm die Möglichkeit geboten werden, sich in einem Jahr wieder zu bewerben.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Auch uns ist aufgefallen, dass der junge Bursche gewisse Sachen auf dem Kerbholz hat. Wir haben Nachforschungen angestellt. Wir haben auch bei den Lehrkräften nachgefragt und mussten feststellen, dass hier frühere Jungsünden vorliegen, die auch von Schweizern begangen werden könnten.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	1
Gültige Stimmzettel	46

	Ja	Nein
Stimmen	35	11

5.e Marcetic Andrijela, 1976, Aleksandar, 1997, und Stefan, 2000, alle jugoslawische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 92

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	2
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	40	5

5.f Mulaj Leonist, 1979, jugoslawischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Staffelstrasse 78

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	2
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	39	6

5.g Oezdemir Tarik, 1980, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alb. Zwyszigstrasse 82

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	2
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	40	5

5.h Yildiz Ufuk, 1984, türkischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Alb. Zwyszigstrasse 49

Keine Wortmeldungen.

Eingelegte Stimmzettel	47
Leer und ungültig	2
Gültige Stimmzettel	45

	Ja	Nein
Stimmen	39	6

6 **Nachtragskredit für die Beschaffung von Informatikmitteln von Fr. 48'000.— für die Schulen**

Daniel Huser: Vor einem Jahr ist die Informatikkommission beauftragt worden, ein Konzept zu erarbeiten. Zusammen mit einem externen Berater sind Dokumente erstellt worden, die Auskunft geben über Altersstruktur der Geräte, Aufgaben und Kompetenzen, Umsetzungsplanung während der nächsten vier Jahre sowie Finanzplan für die gleiche Zeitdauer.

Damit ist ersichtlich, dass eine stufenweise Einführung vorgesehen ist. Nach diesem neuen Konzept ist für die Hardwarebeschaffung ein Kredit von Fr. 136'000.— nötig, im Budget sind jedoch nur Fr. 88'000.— vorhanden. Somit wird ein Nachtragskredit von Fr. 48'000.— nötig. Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass im bereinigten Budget 2001 auch die laufenden Kosten höher sein werden als vorgesehen.

Auch wenn schwierig ist, die Kosten festzulegen, ist ein Controlling notwendig, um die Kosten im Griff zu halten. Der Nachtragskredit ist das Eine. Es ist aber wichtig, die Schwachstellen zu beurteilen. Dazu gehört, dass die Stelle des Leiters Informatik der Schule Wettingen umgehend besetzt werden muss. Die Lehrkräfte müssen ihr Ausbildungsdefizit ausgleichen, um ihre Ausbildungsverantwortung wahrnehmen zu können. Nur so kann eine optimale Ausbildung an den Schulen vermittelt werden. Es wäre schade, wenn die teuren Geräte und damit die gute Investition ungenützt blieben. Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Nachtragskredit zu genehmigen.

Kurt Gähler: Die FDP stimmt dem Nachtragskredit zu. Der beantragte Kredit basiert für die Oberstufe auf einem klaren Konzept. Für die Primarschule sind wir der Ansicht, dass wir uns noch im Grenzbereich des Wünschbaren bewegen. Wenn Informatikmittel für die Primarschule angeschafft werden sollen, so fordern wir die Schulpflege auf, im Hinblick auf die Chancengleichheit aller Kinder auch für diese ein minimales Bildungsziel zu formulieren und damit den Einsatz von Informatikmitteln nicht dem Gutdünken der einzelnen Lehrkräfte zu überlassen.

Dr. Charles Meier: Auch wir stehen hinter diesem Kreditantrag. Auch uns sind die Widersprüche zwischen Botschaft und Konzept aufgefallen. An einer anderen Stelle ist zu lesen, dass die Systemwahl noch nicht getroffen worden sei. Geht man von einer Lebensdauer von fünf Jahren bei der Hardware aus, so ist der Systementscheid heute zu treffen. Andernfalls wird man nie einen einheitlichen Gerätepark erhalten. Weiter ist aufgefallen, dass die Ausbildung der Lehrkräfte im Informatikbereich von Fall zu Fall durch die Schulpflege entschieden werden soll. Das mutet etwas komisch an. Nach meiner Auffassung müsste hier eine bestimmte Politik festgelegt sein. Massgebend muss sein, ob die entsprechende Lehrkraft einen Anspruch gemäss Lehrplan auf eine bestimmte Ausbildung haben kann oder nicht. Die Schulpflege soll nicht in jedem Einzelfall entscheiden müssen.

Dr. Franz Hard, Schulpflegepräsident: Wir haben die Ansichten gehört, nehmen diese entgegen und werden sie weiterverfolgen. Wir freuen uns, dass man sich einig ist, dass die Informatikausbildung an der Schule wichtig ist und dass Sie unserem Informatikkonzept zustimmen.

Beschluss des Einwohnerrates

In der nachfolgenden Abstimmung fasst der Einwohnerrat einstimmig folgenden Beschluss:

Für die Anschaffung von Informatikmitteln wird ein Nachtragskredit von Fr. 48'000.— zu Lasten der Verwaltungsrechnung 2001 bewilligt.

7 Kreditbegehren von Fr. 45'000.— für die Projektierung des Friedhofschulhauses in eine Kunstgalerie

Beat Brunner: Die Vorlage für einen Projektierungskredit zur Schaffung einer neuen Kultur- bzw. Kunststätte in Wettingen kommt nicht überraschend. Die frei werdenden Räumlichkeiten der HPS sind begehrt, was sich nicht nur am zur Diskussion stehenden alten Friedhofschulhaus manifestiert. Auch die Liegenschaften an der Schartenstrasse sind umworben und so wie es scheint auch schon quasi vergeben. Darauf wird sicherlich im einen oder anderen Votum zurückgekommen.

Das vorliegende Geschäft bezieht sich auf die Liegenschaft am Lindenplatz. Zugegeben, die im Text erwähnte Standortgunst am idyllischen Lindenplatz drängt sich für eine Nutzung als Ort der Kultur geradezu auf.

Kultur findet jedoch allorts statt was, ein Politiker von nationaler Bedeutung unlängst ebenfalls feststellte. Die Vorlage sieht vor, ein konkretes Projekt auszuarbeiten, welches die Nutzung des Alten Friedhofschulhauses als Kunstgalerie zum Inhalt hat.

Man kann sich fragen, wozu denn in Wettingen eine neue Galerie benötigt wird, wo wir doch über eine bedeutende und renommierte Galerie im Gluri-Suter-Huus verfügen. Das Gluri-Suter-Huus ist in Kunstkreisen über die Region hinaus bekannt und geniesst ein hohes Ansehen. Auch wenn die Räume offenbar nicht ideal sind, hat man doch seit beinahe dreissig Jahren eine stattliche Anzahl Ausstellungen durchgeführt.

Auch der Umstand, dass bauliche Anpassungen wie Licht, Warenlift und Rollstuhlgängigkeit nötig seien, rechtfertigen einen Umzug ins Alte Friedhof Schulhaus, wo weit bedeutendere Anpassungen nötig sind, in keiner Weise. Ausserdem ist in der Vorlage trotz vorliegender Schätzung in keiner Zeile von Baukosten im Schulhaus und im Gluri-Suter-Huus die Rede.

Aufgrund der Vernehmlassung, welche im Vorfeld durchgeführt wurde, kristallisierte sich die nun beabsichtigte Lösung als politisch durchsetzbar heraus, worauf die Vorlage erarbeitet wurde.

Nun ist es aber so, dass die Fragestellung anlässlich des Vernehmlassungsverfahrens sich auf die nun vorgesehene Nutzung beschränkte und in keiner Weise dem geäusserten Wunsch nach Abklärung verschiedener Nutzungsmöglichkeiten entsprach. Es scheint relativ einfach und undifferenziert vorgegangen worden zu sein, indem man die erstbeste sich anbietende Nutzungsart als die Einzige darstellt. Es gilt zu bedenken, dass gerade im Ressort Freizeit und Kultur in naher Zukunft noch verschiedentlich Anträge präsentiert werden. Man denke an die eingangs erwähnte Umnutzung der Liegenschaften an der Schartenstrasse und Investitionen im Zusammenhang mit Restauration und Anlagen im Tägerhard.

Die Finanzkommission ist mehrheitlich gegen diese Vorlage und empfiehlt Ihnen die Ablehnung aus den genannten Gründen.

Der Gemeinderat ist somit aufgefordert, die möglichen Nutzungen etwas genauer abzuklären und gegebenenfalls eine neue Variante vorzuschlagen. Eine Variante, welche einem grösseren Kreis der Bevölkerung von Nutzen sein kann und eher einer Kernaufgabe der Gemeinde entspricht.

Werner Wunderlin: Es ist allen bekannt: Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Kunstkommission, der Kulturgüterkommission sowie der Ortsbürgerkommission befasste sich in den letzten Jahren mit der künftigen Nutzung des Friedhofsschulhauses und schlug ein Konzept mit einem Kunsthausanbau vor. Weil dieses Konzept unter anderem grosse Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen gehabt hätte, beschloss der Gemeinderat, ein breites Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Das Resultat dieses Verfahrens war im Hauptpunkt - Kunsthausanbau - klar negativ, weshalb dieses Konzept (gegen Ausen) nicht mehr weiterverfolgt wurde.

Viele am Vernehmlassungsverfahren Beteiligte, vor allem die Fraktionen und insbesondere auch die CVP-Fraktion, nutzten das Verfahren für eine intensive interne Diskussion um mögliche Nutzungen des frei werdenden Schulhauses. Die einzelnen Vernehmlassungen beschränkten sich denn auch nicht bloss auf die Beantwortung der vom Gemeinderat gestellten Fragen, sondern äusserten sich auch zur Frage möglicher künftiger Nutzungen des Friedhofsschulhauses. Mehr oder weniger einig war man sich, dass das Schulhaus im Gemeindebesitz bleiben sollte, uneinig jedoch über dessen Nutzung. So wurde in verschiedenen Vernehmlassungen darauf hingewiesen, dass die Förderung von Kultur nicht Kernaufgabe der Gemeinde ist.

Die CVP Wettingen hielt in ihrer Vernehmlassung zur Nutzung des Schulhauses wörtlich Folgendes fest: "Das Friedhof-Schulhaus wird zufolge Eröffnung der neuen HPS frei. Die Gemeinde hat ein echtes Interesse, dieses Gebäude zu erhalten und weiter zu nutzen. Die CVP Wettingen ist der Ansicht, dass die Gemeinde diese frei werdende Liegenschaft für eigene Bedürfnisse in ihrem Besitz behalten soll. Nach positivem Ergebnis einer Bedürfnisabklärung liesse es sich durchaus vertreten, das Friedhof-Schulhaus einer kulturellen Nutzung zuzuführen."

Nach Ansicht der CVP wäre etwa auch die Schaffung einer privaten Trägerschaft für die Führung einer allfälligen Kunstgalerie zu prüfen. Heute legt uns der Gemeinderat einen Antrag für einen Projektierungskredit von Fr. 45'000.— für die Umbauplanung des Schulhauses in eine Kunstgalerie vor.

Wir schätzen innovative Leute, welche zielgerichtet und rasch nach Lösungen suchen und ihre Ideen auch durchsetzen wollen. Nur: Mit diesem Antrag missachtet der Gemeinderat das Resultat des selber eingeleiteten Vernehmlassungsverfahrens: Eine Bedürfnisabklärung für die vorgeschlagene oder für andere Nutzungen des Friedhofsschulhauses ist offensichtlich nicht erfolgt.

Man wird den Verdacht nicht los, dass ab Beginn der Diskussion allein eine Nutzung vorgesehen war und diese - nach dem Verzicht auf den Kunsthausanbau - nun mit reduzierter Variante durchgesetzt werden soll.

Bevor über Kredite zu einer definierten (und einseitigen) Nutzung des Friedhofsschulhauses diskutiert werden kann, ist deshalb die offensichtlich verpasste oder bewusst nicht durchgeführte Bedürfnisabklärung nachzuholen. Die vorgeschlagene kulturelle Nutzung ist bloss eine von mehreren, auch kulturellen Nutzungsvarianten.

Die CVP-Fraktion stellt Ihnen deshalb Antrag auf Rückweisung. Ich verbinde diesen Antrag mit dem Hinweis, dass sich die Fraktion bei Nichtrückweisung des Geschäftes vorbehalten muss, den Kredit abzulehnen.

Heinz Germann: Wenn ich die Kunstraumunterlagen studiere, so blättere ich zurück auf den 6. Januar 2000, wo ein Papier zum Kunstraum Wettingen in Umlauf gesetzt wurde. Dieses Papier bildete auch die Grundlage für das Vernehmlassungsverfahren. An diesem Verfahren haben sich sämtliche Parteien beteiligt. Über das Ergebnis aus diesem Vernehmlassungsverfahren sind Sie in Kenntnis gesetzt worden. Anschliessend hat ein Podiumsgespräch zum Thema "Kunst und Kultur in Wettingen" stattgefunden. Heute liegt ein Kreditbegehren von Fr. 45'000.— für die Projektierung des Friedhofschulhauses in eine Kunstgalerie vor.

Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass man sich in dieser nicht gerade kurzen Zeit zum Thema eine Meinung bilden konnte. Anhand des Vernehmlassungsverfahrens ist spürbar, wie sich die Meinungen präsentieren. Das Meinungsbildungsverfahren kann als abgeschlossen betrachtet werden. Im Namen der FDP-Fraktion stelle ich Ihnen den Antrag, den Rückweisungsantrag der CVP abzulehnen und auf das vorliegende Geschäft einzutreten, damit darüber befunden werden kann.

Vreni Neukomm: Auch unsere Partei hat im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung genommen. Vielleicht erinnern Sie sich noch. Wir hatten eine sehr kühne Vision für das Jahr 2007 entwickelt. Heute schreiben wir das Jahr 2001. Wir haben unsere Hoffnungen noch nicht begraben. Vielleicht kann unsere Vision doch noch umgesetzt werden. Dazu stellen wir heute den Antrag, den Rückweisungsantrag der CVP zu unterstützen, in der Hoffnung, dass dies einen neuen Spielraum für die Verwirklichung von Ideen im Kunstbereich ergibt. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, würden wir dem vorliegenden Kreditbegehren zustimmen.

Kurt Josef Müller: Kultur muss nicht zwingend Aufgabe des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung sein. Sie kann es sein, wenn zweckmässige Lokalitäten zur Verfügung stehen und die personellen sowie finanziellen Aufwendungen vernünftig und angemessen sind. Wir sind der Auffassung, dass das Friedhofschulhaus mit seinen zahlreichen eher niederen Räumen als Galerie überdimensioniert und nur mit grossen baulichen Aufwendungen sinnvoll als Galerie genutzt werden kann. Weiter beschäftigen uns die getätigten und die künftigen finanziellen Aufwendungen. Darüber schweigt sich der Gemeinderat einmal mehr aus. Die Vorlage des Gemeinderates vermag deshalb die SVP-Fraktion nicht zu überzeugen. Wir sprechen uns für Ablehnung des Kreditbegehrens aus.

Markus Maibach: Wir haben uns in der SP/WG-Fraktion schwer getan. Wir haben Informationen nicht gefunden, die nötig gewesen wären. Wir haben heute die Chance, den Kunst- und Kulturraum Wettingen in ein Ganzes einzubetten. Hier wird eine Einzellösung unterbreitet. Wir unterstützen den Rückweisungsantrag, mit der Anregung und der Chance das Ganze zu sehen und ein Kulturleitbild dahinter zustellen. Darin wäre die Kulturpolitik der Gemeinde zu definieren.

Vizeammann Heiner Studer: Es ist uns ein Anliegen, dass die Fraktionen sich heute Abend äussern, weil die Sache schon lange diskutiert wird. In den Richtlinien für die Amtsperiode ist die Nutzung des Friedhofschulhauses für den kulturellen Bereich vorgesehen. Für uns ist klar, dass die Kultur zu den Kernaufgaben der Gemeinde gehört. Welche Projekte davon betroffen sind, darüber kann diskutiert werden.

Wenn es fraglich wäre, dass die Kultur zu den Kernaufgaben gehört, dann hätte schon früher in die Diskussion eingestiegen werden müssen. Mit dem Gluri-Suter-Huus haben wir seit 30 Jahren etwas, das eine breite Ausstrahlung hat. Offensichtlich ist auch nicht bestritten, dass die Gemeinde weiterhin einen Ort betreibt, wo solche Ausstellungen gemacht werden können. Nun gehen wir davon aus, dass diese Debatte aufzeigt, wo und wie soll das verwirklicht werden, was der Befriedigung eines kulturellen Bedürfnisses im weitesten Sinne dienen kann.

Vor einem Jahr haben wir in der Vernehmlassung bewusst gemacht, dass das Friedhofschulhaus der neue Ort für Ausstellungen sein soll. Wir wollten klären, ob sich sogar ein Annexbau zum Friedhofschulhaus realisieren lasse. Man sprach von einer Investition in der Höhe von 2,8 Mio. Franken. Wir haben eingesehen, dass dies realpolitisch nicht umzusetzen ist.

Wir haben dann Zeit für das Überdenken eingesetzt. Die vom Gemeinderat beauftragte Arbeitsgruppe hat sich mit Engagement daran gemacht. In diesem Kreis ist man zur Überzeugung gelangt, dass das Friedhofschulhaus eine Chance darstellt. Gerade wegen dieser Überzeugung hat die gemischte Arbeitsgruppe dem Gemeinderat den Antrag für einen Projektierungskredit unterbreitet. Es sollte ein Projektierungskredit sein, damit sich der Einwohnerrat in dieser Phase dazu äussern kann.

In der kurzen Botschaft kommt zum Ausdruck, was mit dem Gluri-Suter-Huus geschehen soll. Es wird darin erwähnt, dass das Gebäude neben der Volkshochschule auch einer breiten Nutzung zugänglich gemacht werden soll. Wenn wir weiter gehen wollen, so benötigen wir externe Unterstützung. Würde der Projektierungskredit gutgeheissen, so müsste für eine Bauvorlage der ganze Bereich ausgelotet werden.

Seit dem Bestehen der Galerie im Gluri-Suter-Huus sind wir in der glücklichen Lage, immer Freiwillige auf der Basis der Sitzungsgeldregelung gefunden zu haben, die sich für diesen Auftrag eingesetzt haben. In der nächstgrösseren Nachbargemeinde wäre das mit Stellenprozenten gelöst worden.

Wir wollen heute Klarheit erhalten, in welche Richtung es gehen soll. Das Nein für den Projektierungskredit wäre falsch, da man nicht weiss, was die Gründe für das Nein wären. Mit der Rückweisung kann eine seriöse Abklärung vorgenommen werden. So können wir Ihnen einen neuen Antrag unterbreiten.

Bis heute haben alle Abklärungen durch Fachgremien stattgefunden. Bei der Rückweisung muss auch die politische Einbindung vorgenommen werden. Die neue Untersuchung muss durch politische Kräfte mitgetragen werden. Aus unserer Sicht ist auch denkbar, dass der Einwohnerrat aus seiner Mitte eine Kommission bestellt.

Wir hoffen, dass wir in der Angelegenheit Friedhofschulhaus und Gluri-Suter-Huus und den damit verbundenen Fragen gemeinsam zu einem Ziel kommen werden.

Richard Ganz: Wenn wir dem Rückweisungsantrag zustimmen, so wollen wir zum Ausdruck bringen, dass wir nicht gegen Kunst und gegen Kultur sind. Man soll auch nicht meinen, der Geist der LOVA sei nicht mehr allgegenwärtig. Unsere Zustimmung zur Rückweisung soll so verstanden werden, dass man Gelegenheit erhält, über das Projekt nochmals nachzudenken. Man kann präzise informieren und breitere Kreise in die Überlegungen miteinbeziehen. Damit erhalten wir die Möglichkeit, den kulturellen Aspekt in Wettingen zu stärken.

Leo Scherer: Die Sache ist für mich noch nicht ausdiskutiert. Kulturförderung ist klar eine Aufgabe der Gemeinde. Die Mittel, die dafür eingesetzt werden können, sind begrenzt. Für die weitere Arbeit interessiert mich, ob die Kulturförderung gleich behalten wird, wird sie tendenziell erhöht oder wird sie eher gesenkt? Diese Fragen müssen heute klärt werden. Ohne Antworten auf diese Fragen weiss der Gemeinderat nicht, wohin eher marschieren kann.

Er soll sich auf die Bekenntnisse der politischen Gremien verlassen können. Man kann die Mittel für die Kultur erst dann verteilen, wenn man weiss wie viel zur Verfügung steht. Es ist zu klären, für welche Kulturrichtung wie viele Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich bedaure, dass der Gemeinderat mit einem Kulturprojekt aus einem Bereich kommt, in dem in den letzten Jahren schon einiges gemacht worden ist. Pointiert ausgedrückte will ich wissen, zu was ich nein sage, wenn ich zu etwas ja sage. Diese Auskünfte sollten in einem kulturellen Leitbild oder in einem Gesamtkonzept gemacht werden.

Heinz Germann: Ich halte mit aller Deutlichkeit fest, dass die FDP schon heute ein Bekenntnis abgeben will. Wir äussern unsere Meinung zum Kreditantrag. Der Gemeinderat hat den Antrag mehrheitlich verabschiedet. Die Ausführungen von Vizeammann Heiner Studer vermögen mich nicht sehr zu überzeugen. Man kann es auch als Trotzreaktion bezeichnen. Zuerst wird etwas unterbreitet, das dann in einer abgespeckten Version akzeptiert wird. Man nimmt es retour und ist froh, wenn die Rückweisung beantragt und beschlossen wird.

Wenn ich mich zurückerinnere, so scheint mir, dass der LOVA-Geist verfliegen ist. In finanziell schwierigen Zeiten hat man nur das Nötigste gemacht. Sollte es der Gemeinde einmal finanziell besser gehen, so werde sich der Einwohnerrat sehr wohl daran erinnern, die Massnahmen, welche aus dem DUEGA-Programm resultieren, umzusetzen. Wir sind aber der Auffassung, dass auch in besseren Zeiten mit dem kritischen LOVA-Blick Wünschbares und Notwendiges zu trennen ist.

Die uns unterbreitete Vorlage zeigt in eine ungebremste Ausgabenentwicklung, ohne dass das Ende abzusehen ist. Es wurde von Beat Brunner erwähnt, dass grosse Ausgaben auf uns zukommen werden. Ich denke an Sport- und Erholungszentrum Tägerhard, Jugenddisco und Jugendkafi. Unsere Schlussfolgerung daraus ist, dass wir an der Nachfrage zweifeln. Das Podiumsgespräch hat es gezeigt.

Dr. Charles Meier: Die Vorlage gibt keine Auskunft darüber, ob wieder ein öffentlicher Betrieb errichtet werden soll. Es ist nichts zu lesen, ob nicht auch ein privater Träger in Frage kommen könnte. Und klar sind auch die Aussagen bezüglich der weiteren Verwendung des heutigen Gluri-Suter-Huus. Wird der Projektierungskredit heute bewilligt, so ist der spätere Bau vorprogrammiert. Das wäre falsch und aus diesem Grund unterstütze ich den Rückweisungsantrag.

Paul Käufeler: Der Gemeinderat ist von den Parteien beauftragt worden, zu weiteren Fragen Stellung zunehmen. Die Antworten zu diesen Fragen sind noch ausstehend. Es wäre falsch, das Geschäft heute zu behandeln, bevor nicht alle Fragen geklärt oder beantwortet sind. Denn aus diesem Grund kann heute kein politisches Bekenntnis abgegeben werden. Denn aus diesem Grund habe ich kein Verständnis für die Haltung der FDP und der SVP. Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Markus Maibach: Wenn ich die heutige Diskussion auswerte, so sehe ich zwei Richtungen. Zum einen soll geklärt werden, was mit dem Friedhofareal gemacht werden soll. Zum anderen ist offen, was mit dem Kulturbereich, mit dem Kunstraum Wettingen zu machen ist. Wir setzen uns dafür ein, die Chance mit dem Kunstraum Wettingen anzusehen und das Ganze zu betrachten.

Patricia Schibli: Neuer Raum wird frei. Mich interessiert, was ist zuerst dagewesen, das Huhn oder das Ei, nämlich neuer Raum, der neue Wünsche sucht, oder waren es Bedürfnisse, die auf Räume warten. Im Zusammenhang mit der Rückweisung soll der Gemeinderat eine Auflistung aller Bedürfnisse erstellen. Was ist schon lange anstehend, wo sind Raumbedürfnisse vorhanden, die nun befriedigt werden könnten? Zur Vorlage selber: dieser könnte ich so nicht zustimmen, sie ist wenig kohärent. Ich wünsche mir, dass man in einer neuen Vorlage diesen Anliegen Rechnung trägt. Ich habe mich gefragt, was der Gemeinderat eigentlich will. Will er eine Projektierung des Friedhofschulhauses, will er ein Nutzungskonzept für das Friedhofareal oder will er ein Umnutzungskonzept für das Schulhausareal? Ich frage mich weiter, welche Phase mit dieser Vorlage angesteuert wird. Geht es um eine Vorstudie oder ein Vorprojekt? Geht es um das Bauprojekt? Ich wünsche mir in diesem Bereich eine stufengerechte, kohärente Vorlage. Es sollte für das Friedhofschulhaus und das Gluri-Suter-Huus der gleiche Stand der Projektierung erreicht werden.

Im Zusammenhang mit der Nutzung des Friedhofareals nimmt mich wunder, wann die letzten Gräber aufgegeben werden? Aber wann wird das genannte Areal für eine neue Nutzung frei? Hat der Gemeinderat schon erwogen, das Areal einem Betriebsnutzungswettbewerb zu unterziehen?

Vizeammann Heiner Studer: Ich beantworte keine Einzelfragen, diese sind in der Prüfung anzusehen. Die Nutzung des Friedhofareals gehört als einer von vielen Punkten ins Legislaturprogramm des neuen Gemeinderates. Heinz Germann hat das Verhalten des Gemeinderates angesprochen. Ich stehe nach wie vor hinter dem Antrag des Gemeinderates. Es geht nicht darum, ob man hinter dem Antrag steht oder nicht. Wenn erkennbar ist, dass keine Mehrheit für den gemeinderätlichen Antrag zu gewinnen ist, so muss man einen entsprechenden Schritt nach vorne tun. Wenn weiter gearbeitet werden soll, so ist in der gemeinsamen Arbeit zu sehen, was gemacht werden soll. Das ist eine spannende und kreative Arbeit. Wir sind bereit, bei Rückweisung die verschiedenen Fragen zu prüfen.

Beschluss des Einwohnerrates

In der nachfolgenden Abstimmung beschliesst der Einwohnerrat mit 31 : 16 (1 Enthaltung) die Rückweisung.

8 Nachtragskredit von Fr.15'000.— für Katastrophenhilfe im Ausland

Keine Wortmeldungen.

Beschluss des Einwohnerrates

In der nachfolgenden Abstimmung fasst der Einwohnerrat mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Zu Lasten Konto Katastrophenhilfe im Ausland (590.367.02) wird ein Zusatzkredit von Fr. 15'000.— bewilligt.

9 **Kreditabrechnung über Fr. 429'878.40 für die Sanierung des Kindergartens Altenburg 1**

Daniel Huser: Am 29. April 1999 bewilligte der Einwohnerrat für die Sanierung des Kindergartens Altenburg 1 einen Kredit von Fr. 448'00.—. Mit den Arbeiten wurde am 1. Februar 2000 begonnen und auf Schuljahresbeginn 2000/2001 waren die Sanierungsarbeiten fertiggestellt. Die abgerechneten Kosten betragen Fr. 429'878.40 und waren damit 4 % unter dem bewilligten Kredit. Innerhalb dieses Kredites wurde noch ein zusätzlicher Besprechungsraum für die Kindergärtnerinnen eingerichtet. Die anfallenden Kosten von ca. Fr. 15'000.—, die nicht im Kostenvoranschlag berücksichtigt waren, sind in den jeweiligen Arbeitsgattungen enthalten.

Beschluss des Einwohnerrates

In der nachfolgenden Abstimmung fasst der Einwohnerrat einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung über Fr. 429'878.40 betreffend Sanierung des Kindergartens Altenburg 1 wird genehmigt.

10 **Motion Wunderlin Werner betreffend angemessene Erweiterung des Baugebiets (Gewerbe- und Wohn- sowie Einfamilienhauszone); Entgegennahme**

Werner Wunderlin: Planung ist nicht statisch, Planung ist dynamisch, rollend. Dies gilt nicht nur im Geschäftsleben. Es gilt auch in der Politik - und zwar in jedem Bereich, auch im Bereich der Raumplanung. Die Gemeinde hat das Recht, ja die Pflicht, rollend zu planen, zu prüfen, ob die künftigen Bedürfnisse genügend abgedeckt oder Anpassungen notwendig sind. Die Planung betreffend Baugebiet - das hat die Vergangenheit gezeigt - erstreckt sich gerade in politisch und landschaftlich heiklen Gebieten über Jahre oder Jahrzehnte hinweg. Die heutige Baugebietsabgrenzung im Osten der Gemeinde erfolgte nach hartem Ringen, als Kompromiss zweier sich gebietsmässig entgegenstehenden Initiativen vor rund 10 Jahren. Diese Abgrenzung, die in die heutige Bau- und Zonenordnung einfluss, ist allerdings nur Teil des politischen Kompromisses: Ein weiterer Teil war und ist die Einsicht, dass eine künftige bauliche Entwicklung der Gemeinde nur Richtung Osten möglich und im Bedürfnisfall auch ausdrücklich vorgesehen ist. Der stets erwähnte Grüngürtel zwischen Wettingen und Würenlos soll dadurch auch nicht tangiert werden, denn letzter Teil des Kompromisses stellt die künftige und natürliche Baugebietsgrenze mit dem Lugibach dar. Es trifft zu, dass die Gesamtrevision der Nutzungsplanung Siedlung erst Ende des letzten Jahres beschlossen wurde. Es trifft aber auch zu, dass die im heutigen Zeitpunkt noch vorhandenen Baulandreserven für Wohn- und Gewerbebauten wie auch die Reserven für den Bau von Einfamilienhäusern in der Zone HW2 für einen Planungsspielraum von 15 oder mehr Jahren nicht mehr ausreichen. Die entsprechenden Abklärungen ergaben einen nicht überbauten, das heisst heute noch überbaubaren Anteil für Gewerbe (verbunden mit Wohnnutzung) von nur 1.3 %, für Einfamilienhäuser Zone HW2 von bloss 6.3 %.

Das Bedürfnis, Um- oder Einzonungen in angemessenem Umfang zumindest zu prüfen, ist daher ausgewiesen. Zur Verdeutlichung, Präzisierung und auch Beruhigung: Selbstverständlich ist diese angemessene Erweiterung wie in der Motion erwähnt nicht bloss quantitativ, sondern auch qualitativ zu verstehen.

Man kann sich nun darüber unterhalten, wann denn der richtige Zeitpunkt für eine solche Prüfung - oder besser noch - für den Anstoss zu einer solchen Prüfung wäre: Gestern, heute, morgen, vor Rechtskraft des neuen Zonenplanes, einen Monat, ein halbes Jahr, ein Jahr nach Rechtskraft. Respektlosigkeit vor der nun abgeschlossenen Planung, vor dem demokratisch erarbeiteten Kompromiss wäre einem Motionär wohl in jedem dieser Zeitpunkte vorgeworfen worden.

Mit Respektlosigkeit oder sogar taktischem Kalkül hat die Einreichung der Motion nun aber gerade nichts zu tun. Im Gegenteil: Taktisches Kalkül wäre gewesen, trotz erkanntem Bedürfnis den „taktisch“ besten Zeitpunkt abzuwarten. Ich habe mich nicht dafür entschieden, sondern für Ehrlichkeit aufgrund des bestehenden Bedürfnisses. Zudem wissen wir alle, dass eine Baugebietserweiterung gerade in diesem so heiklen und wertvollen Gebiet umfangreiche, sorgfältige und zeitintensive Abklärungen in alle Richtungen erfordert, vom Landschaftsschutz bis hin zu Erschliessungsfragen - Abklärungen, die uns (so behaupte ich heute) die nächsten fünf bis zehn Jahre beschäftigen werden.

Die Motion verlangt keine Hau-Ruck-Übung. Aber wir können und dürfen nicht zuwarten, uns nicht einerseits für die Entwicklung der Gemeinde stark machen, Standortmarketing propagieren, und andererseits die hierfür notwendigen Grundlagen, das heisst Platz für solche Entwicklungen, verweigern. Ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Es geht hier und heute nicht um die Erweiterung des Baugebietes, sondern um die Frage, ob eine Erweiterung geprüft werden soll oder nicht, um die Frage, ob Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden sollen oder nicht. Das Ergebnis dieser Abklärungen wäre dem Einwohnerrat mit Bericht und Antrag zu unterbreiten. Die Haupteinwände gegen die Motion Wunderlin beziehen sich im Wesentlichen alle auf den gleichen Fragenkreis, nämlich Fragen der Planbeständigkeit, des Planungshorizontes und der Rechtsschutzbedürfnisse. Art. 21 Abs. 2 des Raumplanungsgesetzes verlangt für die Anpassung von Nutzungsplänen, dass sich die Verhältnisse erheblich geändert haben. Wie weit bereits eingetretene und auch voraussehbare Änderungen der Verhältnisse planungsrelevant sind und den Grundsatz der Rechtsbeständigkeit der Planung aufzuwiegen vermögen und wie weit Rechtsschutzbedürfnisse von Betroffenen und Beteiligten zu berücksichtigen sind, wäre eingehend zu überprüfen. Zudem sind im Osten unserer Gemeinde verschiedene Projektideen und Planungen in Bearbeitung, die ohnehin ein koordiniertes Vorgehen erforderlich machen, damit Fehlentwicklungen mit den entsprechenden Kostenfolgen vermieden werden können, z. B. Entsorgungsplatz Untere Geisswies, Materialsubstituierungsanlage, S-Bahn-Haltestelle Tägerhard, allfällige Schiessanlage im Chütt, allfällige Verlegung des Lugibaches etc.; des Weiteren sind die Zukunftsperspektiven der Landwirtschaftsbetriebe zu berücksichtigen. Für eine koordinierte Entwicklung im Osten unserer Gemeinde ist eine Gesamtplanung notwendig, die eine etappenweise Realisierung der einzelnen Projekte erlaubt. Diese müssen aufeinander abgestimmt sein und nach ihrer Realisierung einen harmonischen Ortsteil von Wettingen bilden. Dazu ist die Erarbeitung eines Koordinations- und Massnahmenplanes vorgesehen. Dieses Planungsinstrument eignet sich auch deshalb gut, weil die einzelnen Projekte und Planungen unterschiedliche Konkretisierungsgrade und Realisierungshorizonte aufweisen. Bestandteil dieses Koordinations- und Massnahmenplanes wären auch vertiefte Untersuchungen über die Machbarkeit der von der Motion Wunderlin verlangten Umzonungen. Damit verbunden sind auch Fragen zur Finanzierung der Erschliessung (Strassen, Kanalisation etc.) sowie mögliche Folgekosten für die Gemeinde (z. B. Erschliessung mit öffentlichem Verkehr, öffentliche Infrastrukturanlagen etc.). Diese Arbeiten erfordern einen erheblichen Zeitaufwand. Es drängt sich auf, diese Arbeiten nun an die Hand zu nehmen, um für künftige planerische Dispositionen über fundierte Grundlagen verfügen zu können.

Der massgebliche politische Entscheid wird nicht heute mit einer Überweisung der Motion Wunderlin gefällt, sondern später mit dem Sachentscheid in Kenntnis der gesamten Ausgangslage und in Kenntnis der massgeblichen Kriterien. Der Einwohnerrat hat somit heute nicht zu werten und zu quantifizieren, sondern lediglich zur Frage Stellung zu nehmen, ob das Thema geprüft werden soll oder nicht. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass diese Arbeiten an die Hand genommen werden sollen und beantragt deshalb Überweisung der Motion Wunderlin.

Richard Ganz: Wenn man die Motion liest, so ist es eine Forderung nach Einzonung, eine Forderung nach mehr Bauland. Es steht nichts von Koordinations- und Massnahmenplanes. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wir anerkennen, dass eine überregionale Betrachtung angestrebt wird. Wir anerkennen, dass Wettingen ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort ist. Wir anerkennen weiter, dass in den letzten Jahren eine innere Verdichtung eingesetzt und stattgefunden hat. Wir wissen aber auch, dass ein solcher Verdichtungsprozess nur langsam vor sich geht. Wenn die Einwohner- und Arbeitsplatzzahl erhalten werden soll, so muss Land zur Verfügung stehen.

Wir können eine angemessene Baugebieteserweiterung mittragen. Es sind aber bestimmte Bedingungen zu erfüllen: 1. Der landschaftlich wertvolle Sulperghang ist weitgehend zu schonen. 2. Der Lugibach ist zu renaturieren und in einen ökologisch wirksamen, breiten Grüngürtel umzuwandeln. 3. Der Grüngürtel wird als grüne Stadtgrenze akzeptiert. 4. Die Intentionen aus dem Entwicklungsbericht von Feddersen & Klostermann vom Dezember 1990 sind anzuwenden. Das Werk war teuer und bis heute wenig umgesetzt worden.

Weil aber die Motion Wunderlin nichts von diesen Koordinations- und Massnahmenplänen fordert, können wir den Vorstoss nicht unterstützen. Bei der qualitativen Weiterentwicklung sind wir Partner.

Marianne Weber: Ich finde es politisch unklug, dass Werner Wunderlin die Motion eingereicht hat kurz nach der Verabschiedung der BNO. Vor Jahren hat sich das Volk für eine Nichtüberbauung des Sulperghanges ausgesprochen. Die beiden gutgeheissenen volksinitiativen zur Baugebietsabgrenzung im Osten haben zu einem Kompromiss geführt, der nun bereits wieder umgestossen werden soll. Damit würde der Volkswillen missachtet. Im Vorprüfungsbericht zur Nutzungsplanung Siedlung beurteilt der Kanton die Baugebietsgrösse von Wettingen als zu gross. Der Entwicklungsbericht Stüdeli hat erwähnt, dass 20'000 Einwohner genug sind. Mehr verträgt die Gemeinde nicht. Die Initiative der CVP hiess "für ein lebendiges Wettingen mit Zukunft". Aus diesem Grund ist der kommenden Generation noch ein Bereich zu lassen, in dem diese Generation selber Entscheidungen treffen kann. Ich bitte Sie im Namen unserer Fraktion, die Motion abzulehnen.

Kurt Gähler: Die FDP hat Verständnis, dass viele Mitglieder des Einwohnerrates den Zeitpunkt für die Einreichung dieser Motion als psychologisch nicht glücklich betrachten. Von der Sache her gibt es genug Gründe. Einfamilienhäuser und Gewerbe sind gefragt. Im Baugebiet Ost ist vieles im Gange oder schon ausgeführt. Eine koordinierte Untersuchung betreffend Ausweitung ist nötig. Der Koordinations- und Massnahmenplan dient dazu.

Wenn wir die Motion ablehnen, dann werden nur Einzelprojekte behandelt werden können. Der grosse Zeitbedarf für eine eventuelle Umzonung spricht für das Anhandnehmen. Damit können wir der Motion zustimmen.

Kurt Josef Müller: Die neue BNO ist erst vor wenigen Monaten verabschiedet worden. Das Werk kann als Kompromisslösung bezeichnet werden, das nach harten zähen Verhandlungen resultiert ist. Die Mehrheit unserer Fraktion findet es unangebracht, den Kompromiss schon wieder über den Haufen zu werfen. Die nächste Generation hat sicher auch gute Argumente, aber dann keine Reserven für die Umsetzung. Wir sind der Meinung, dass insbesondere in den öffentlichen Zonen der Gemeinde Wettingen eine Überdimensionierung besteht.

Leo Scherer: Für mich ist der vorliegende Motionstext massgebend. Darin wird gefordert, Land einzuzonen für Gewerbe und Einfamilienhäuser. Man muss noch mehr nach vorne schauen. Was verbaut ist, steht nicht mehr zur Verfügung. Mit diesem Land muss haushälterisch umgegangen werden. In wenigen Jahrzehnten sind grosse Landreserven geopfert worden. Wenn haushälterisch mit dem Land umgegangen werden soll, so heisst dies, dass keine Einfamilienhäuser realisiert werden dürfen. Diese benötigen am meisten Land für wenige Nutzniessende. Wenn eingezont werden soll, dann kann nicht mit dem weitergemacht werden, was die letzten 15 Jahre getrieben worden ist. Auch die Qualität ist zu berücksichtigen. Es ist bekannt, dass mehr Bauten mehr Verkehr erzeugen. Es sind Überlegungen anzustellen, wie mit diesem Mehrverkehr umgegangen werden soll. Es könnten entsprechende Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, z.B. wie gross soll der Anteil autofreier Haushalte sein. Ich schlage dem Motionär vor, den Vorstoss zurückzuziehen. Der Gemeinderat kann jederzeit die Planung aufzunehmen.

Dr. Charles Meier: Ich bin mit Herrn Scherer in dem Punkt einig, dass der Gemeinderat ohnehin die Planung aufnehmen muss. Ich komme aber auf die Zonenplangeschichte zurück, beginnend 1986. Der Zonenplan von 1997 hatte ein etappenweises Vorgehen beinhaltet, in der Form der Spezialzonen. Dazu sagten Einwohnerrat und Volk ja. Die Spezialzone ist eine Übergangszone. Es muss eine Fortsetzung stattfinden. Im Sinne eines allgemeinen Auftrages unterstütze ich den Vorstoss Wunderlin.

Markus Maibach: Alle 2 Sekunden geht in der Schweiz ein Quadratmeter Land von - Landschafts- in Siedlungsfläche auf. Das ist pro Tag eine Fläche von zwölf Fussballfeldern. Im Jahr entspricht dies einer Fläche des Murtensees. Wenn wir schon nach vorne blicken, so müssen wir in die weite Zukunft schauen. Unser Problem ist nämlich die schleichende Versiedelung in der Schweiz. Die Ergänzungsanträge der SP zur Motion sind eine Chance, das Gesamte anzusehen.

Richard Ganz: Ich frage den Gemeindeammann, über was wir hier eigentlich abstimmen. Sind es die Punkte A und B oder ist es der Massnahmen- und Koordinationsplan? Die Forderungen der Motion haben nichts mit dem Massnahmenplan zu tun. Oder er kommt als Ergänzungsantrag in die Motion.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Mit der Aussage betreffend Koordinations- und Massnahmenplan ist die Vorgehensweise genannt, wie an die Materie herangetreten werden soll. Wenn die Motion abgelehnt wird, müssen wir das Problem auch in 5 Jahren trotzdem angehen.

Marianne Weber: Ich habe eine formale Frage. Herr Meier ist Landbesitzer am Sulperg. Muss er deshalb nicht in den Ausstand treten?

Dr. Charles Meier: Ich habe mit dieser Frage gerechnet und mich daher bei einem Rechtsanwalt erkundigt. Dieser hat mir bestätigt, dass sich nicht in den Ausstand treten müsse. Ich bitte die Präsidentin, darüber abzustimmen, ob ich in den Ausstand treten müsse.

Einwohnerratspräsidentin: Heute liegt noch gar keine konkrete Vorlage vor. Im Gegenteil, es handelt sich hier um eine Motion. Der Entscheid in der Sache ist noch offen. Aus diesem Grund kann Herr Meier im Ratssaal bleiben.

Werner Wunderlin: Ich habe nicht damit gerechnet, dass ich heute noch die Gemeindeordnung sowie das Geschäftsreglement des Einwohnerrates zur Hand nehmen muss. Wie die Präsidentin bereits richtig festgestellt hat, muss Herr Dr. Meier nicht in den Ausstand treten, da keine Sachfrage entschieden wird, die ihn direkt betrifft.

Ich habe nicht die Form des ausgearbeiteten Entwurfs sondern jene der allgemeinen Anregung gewählt. Gemäss Geschäftsreglement kann anlässlich der Sitzung eine zusätzliche Begründung abgegeben werden. Die schriftliche Begründung der Motion ist nicht abschliessend und wurde heute mündlich ergänzt. Der Gemeinderat kann so vorgehen, wie vorgeschlagen. Ich bin froh um die Ziele und Bedingungen der SP-Fraktion. Sie können entsprechend in die Planung einfließen.

Barbara Meier: In Anbetracht des Zeitraumes, welchen der Gemeinderat erwähnt hat, bis etwas passiert, können wir heute die Weichen stellen. Das Volk wird sich auch noch äussern müssen. Das Ganze wird in acht bis zehn Jahren entschieden.

Leo Scherer: Was geschieht, wenn gemäss den Koordinations- und Massnahmenplänen herauskommt, dass nicht eingezont werden kann? In diesem Falle hätten wir eine Motion, die verbindlich verlangt, dass Land eingezont wird. Ich mache beliebt, die Motion in ein unverbindlicheres Postulat umzuwandeln. Der Gemeinderat könnte alle diese genannten Probleme prüfen. Der Fluglärm könnte uns da auch noch beeinflussen.

Dr. Charles Meier: Man muss sich den Ablauf nochmals vor Augen führen. Der Gemeinderat wird die Planung prüfen, zusammen mit der Planungskommission. Dann gehen die Unterlagen zur Vorprüfung nach Aarau. Die Dokumente werden dann wieder der Gemeinde zugestellt, zusammen mit einem Vorprüfungsbericht. Danach wird der Einwohnerrat beraten müssen. Schliesslich folgt noch eine Volksabstimmung.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Die Bedingungen gemäss Richard Ganz werden in die gesamte Planung einbezogen. Wieweit sie eingehalten werden können, hängt von den politischen Entscheiden ab. Zu Leo Scherer: Mit der Motion haben wir einen verbindlichen Auftrag dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zu stellen. Selbstverständlich wird kein Bericht unterbreitet, von dem wird annehmen müssen, dass er in Aarau keine Chance haben wird.

Werner Wunderlin: Ich halte an meiner Motion fest.

Beschluss des Einwohnerrates

In der nachfolgenden Abstimmung wird die Motion mit 24 : 21 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, überwiesen.

11 Postulat Feiner Felix und Ganz Richard zur Prüfung einer S-Bahn Haltestelle Tägerhard; Entgegennahme

Felix Feiner: Ich danke für die Entgegennahme. Damit wird ein erstes Signal auf grün gestellt für die S-Bahn durchs Furttal Richtung Zürich. Ganze Quartiere, die heute durch den Öffentlichen Verkehr schlecht erschlossen waren, werden nun erschlossen. Der Bahnhof Wettingen liegt doch eher am Rande der Gemeinde. Wichtig ist eine solche Haltestelle für die Entwicklung des Sportzentrums.

Wir hatten schon vermehrt Anfragen auf dem Bahnhof betreffend Extrahalt. Die Haltestelle kann auch auf kostengünstige Art realisiert werden, wie Beispiele in Kanton Aargau aufzeigen.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

12 Postulat Scherer Leo für den Einbau von Perronliften beim Bahnhof Wettingen; Entgegennahme

Leo Scherer: Ich freue mich über die Entgegennahme. Es ist eine Verbesserung auf unserem Bahnhof. Mich interessiert, ob man schon Signale von der SBB erhalten hat und wie sind diese? Hat man sich schon Gedanken gemacht, wie viel die Gemeinde zahlen würde, um dem Ziel näher zu kommen.

Gemeinderätin Antoinette Eckert: Nächste Woche wird ein Treffen mit einer Vertretung der SBB stattfinden. Dannzumal werden die Kosten und Möglichkeiten abgeklärt.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

13 Postulat Felix Feiner betreffend Schaffung von öffentlichen Plakatwänden; Entgegennahme

Felix Feiner: Ich danke dem Gemeinderat für die Entgegennahme. In der letzten Zeit sind viele kommerzielle Plakatstellen geschaffen worden. Für kulturelle und Vereinsanlässe hat es keine guten Möglichkeiten.

Gemeindeammann Dr. Karl Frey: Es ist nicht so, dass morgen schon die Wände aufgestellt werden. Der Gemeinderat steht dem Postulat positiv gegenüber. Es sind noch einige Fragen offen, insbesondere betreffend Aushangberechtigung und Bewirtschaftung der Plakatwände. Die Realisierung kann Betracht gezogen werden, wenn für diese Probleme eine gangbare Lösung gefunden werden kann.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

14 Postulat Pia Müller, Felix Feiner und Marcel Huggenberger zur Offenlegung der direkten bzw. indirekten Beiträge und Leistungen sowie deren Kontierung der Gemeinde Wettingen an Vereine und Institutionen; Entgegennahme

Pia Müller: Auch wir bedanken uns, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Die Eingabe ist das Resultat vieler Diskussionen im Rat über Vereinsbeiträge. Vielfach sind nicht alle Kriterien für die Unterstützung nachvollziehbar. Ausschlaggebend war weiter die Diskussion im letzten Winter um die Kontierung des baulichen Unterhalts für den Fussballplatz. Wir wünschen Transparenz betreffend Kontierung, Qualitätskriterien und unterstützten Vereinen.

Felix Feiner: Ich füge noch etwas an. In der Vorschau auf die heutige Einwohnerratssitzung ist in der Wetzinger Post suggeriert worden, das Postulat richte sich gegen die Sportvereine. Dies weisen wir mit aller Deutlichkeit zurück. Wir sind uns über den Stellenwert des Sports und der Vereine für die Jugendförderung durchaus bewusst. Das Postulat soll vor allem Transparenz schaffen.

Vizeammann Heiner Studer: Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen. Er hat den Überblick, da alle vier Jahre eine grundsätzliche Überprüfung stattfindet. Ich kann in Aussicht stellen, dass anlässlich der nächsten Sitzung zusammen mit der Rechnungsabnahme die Offenlegung traktandiert wird.

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

15 Postulat Hanspeter Koch für die Erstellung eines Controllingberichtes über die leistungsorientierte Verwaltungsanalyse "LOVA" sowie das weitere Vorgehen nach der "LOVA"; Entgegennahme

Hanspeter Koch: Ich habe bis zum 7. Mai 1997 zurückgeblättert. Damals hat der Gemeinderat den letzten schriftlichen Bericht zur LOVA vorgelegt. Gemäss den damaligen Ausführungen sollen die Einsparungen nach LOVA klar quantifiziert werden. Das war kurz nach dem Säen. Was konnte bisher geerntet werden? Es geht mir darum zu sehen, wie die guten Ergebnisse mittelfristig gesichert werden können, welche Ergebnisse sind konjunkturell beeinflusst? Was hat man unternommen, die nicht konjunkturell bedingten Erträge positiv zu beeinflussen?

Beschluss des Einwohnerrates

Das Postulat wird stillschweigend überwiesen.

Wettingen, 7. Juni 2001

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Präsidentin:

Margrit Wahrstätter

Protokollführer:

Urs Blickenstorfer